

Eine Gartenstadt in der Nähe Wiens.

Eine Wiener Bauunternehmung hat der Gemeindeverwaltung einen umfangreichen Entwurf für den Bau einer Gartenstadt vorgelegt, welche auf einem 7 Millionen Quadratmeter umfassenden Gebiete zwischen Groß-Schwechat und Himberg errichtet werden und Einfamilienhäuser für 30- bis 35.000 Personen enthalten soll. Damit soll die Wohnungsnot, die nach Beendigung des Krieges durch die heimkehrenden Soldaten sich sicherlich noch bedeutend steigern wird, gemildert werden. Tausende von Staats- und Privatbeamten sollen ohne Inanspruchnahme eines größeren Geldbetrages in die Lage versetzt werden, in aller kürzester Zeit ein Familienhaus samt einem dazu gehörigen Garten besitzen zu können. Für jenen Betrag, welcher jetzt in der Stadt als Mietzins gezahlt wird, soll nach dem Projekt jeder sein eigenes Heim bewohnen können. Auch vom hygienischen Standpunkte wäre die Lage des Terrains zweckmäßig, da sich in allernächster Nähe der Kurort Deutsch-Altendorf befindet und ein großer Waldkomplex, welcher sich aus dem Leithagebiet herauszieht, die beste Luft für Erholungsbedürftige gibt. Auch die Verkehrsverhältnisse seien die denkbar besten, da das Gebiet durch die elektrische Landesbahn Wien—Preßburg, durch die Staatseisenbahnlinsen Wien—Brud a. d. Leitha unmittelbare Verbindung mit der Hauptstadt hat, wozu noch als dritte Verkehrslinie die Verlängerung der städtischen Straßenbahn Wien—Klein-Schwechat käme. Von der Ringstraße aus wäre die neue Gartenstadt in 40 Minuten zu erreichen. Die Kosten für ein Familienhaus würden sich auf 20.000 Kronen stellen. Der Entwurf bringt nun eine eingehende Darstellung der Finanzierung des Projekts und zählt die Forderungen auf, welche die Bauunternehmung an die Gemeindeverwaltung stellt. StR. Zahla berichtete in der letzten Sitzung des Stadtrates über die Angelegenheit und führte aus, daß die Forderungen der Bauunternehmung hauptsächlich folgende Punkte umfassen: Zuerkennung eines zinsfreien Baulredits im Betrage von 6 Millionen Kronen auf die Dauer der Bauzeit, eine staatliche Kredithilfe sowie die Steuer- und Gebührenbegünstigung von der Regierung; die Verlängerung des Geleises der städtischen Straßenbahnen von Klein-Schwechat bis zur projektierten Gartenstadt und die Zuerkennung eines billigeren Fahrpreistarifes für deren Bewohner von der Gemeindeverwaltung. Der Stadtrat beschloß, das Projekt zunächst dem Ministerium für soziale Fürsorge abzutreten und dieses Ministerium um die feinerzeitige Bekanntgabe der dortigen Stellungnahme zu ersuchen, da die Gemeinde bei dieser außerhalb des Wiener Gemeindegebietes geplanten Schöpfung erst in zweiter Linie beteiligt sei. Nach Stellungnahme des Ministeriums zu diesem Projekte hätte auch die Beschlußfassung über jene Punkte zu erfolgen, in welchen eine Mitwirkung der Gemeinde angesprochen wird.